

Buchbesprechungen

Helmut Schlesinger/Manfred Weber/Gerhard Ziebarth: Staatsverschuldung – ohne Ende? Zur Rationalität und Problematik des öffentlichen Kredits, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1993, 281 S.

Das Buch stellt eine einzige Warnung vor einer Eskalation der Staatsverschuldung dar, für Kenner sicherlich kaum überraschend, da einem zumindest ein Name des Autorentrios bestens vertraut ist: *Helmut Schlesinger*. Der langjährige Vizepräsident (1980 - 1991) und spätere Chef der Deutschen Bundesbank (1991 bis 1993) gehört seit Jahren zu den Mahnern vor den Gefahren einer wachsenden Netto-Neuverschuldung des Staates. Auch *Manfred Weber* und *Gerhard Ziebarth* zählen bzw. zählten zum Mitarbeiterstab der Bundesbank, der erstere als einstiger Büroleiter Schlesingers während dessen Vizepräsidentenschaft, heute Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken in Köln, der andere – noch heute – in der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Bundesbank tätig. Trotz des also nicht unerwarteten Grundtenors des Buches ist man gleichwohl beeindruckt, mit welcher Sorgfalt und Gründlichkeit die Autoren ihren Standpunkt im einzelnen darlegen bzw. begründen und sich mit zahlreichen Auffassungen auseinandersetzen, die einem weiteren Hochschrauben der Verschuldungsspirale weniger skeptisch gegenüberstehen oder deren Auswirkungen zumindest verharmlosen.

Die Autoren verkennen dabei nicht die historische Besonderheit des mit der Einheit Deutschlands im Zusammenhang stehenden extremen Verschuldungssprungs zu Beginn der 90er Jahre, der auch nach ihrer Auffassung als faktisch unvermeidbar hinzunehmen ist. Sie sind allerdings gleichwohl der festen Überzeugung, „daß der Mitteleinsatz für den Aufbau einer leistungsfähigen ostdeutschen Wirtschaft mit ungleich höheren Erträgen verbunden sein wird als die bisherigen Aufwendungen zur Linderung der schmerzlichen Folgen der Teilung Deutschlands“ (S. 259).

Im Gegensatz zu manch' anderen Beiträgen, die sich kritisch mit der Höhe der Staatsverschuldung auseinandersetzen, wird in dem Buch keineswegs nur pauschal mit dem moralischen Zeigefinger gedroht, daß das Ausmaß der Verschuldung eine unerträgliche Höhe erreicht habe, und sich auch nicht auf die bloße Floskel zurückgezogen, so etwas könne auf Dauer nicht gutgehen. Die Autoren legen vielmehr auf detaillierte und theoretisch fundierte Argumentation Wert. In Anbetracht der Tatsache, daß z.B. ein Land wie Belgien eine Staatsverschuldung aufweist, die – gemessen am BSP – fast das Dreifache der hiesigen Verhältnisse ausmacht, man aber gleichwohl kaum behaupten kann, daß Belgien sich unmittelbar am Rande des wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Ruins bzw. Zusammenbruchs befinde, erscheint eine sachliche und differenzierte Analyse der Dinge, wie sie Schlesinger & Co. vornehmen, durchaus angebracht.

Das Buch behandelt im einzelnen verschiedene Teilaspekte der Verschuldung. Zunächst werden haushaltspolitische Konsequenzen der öffentlichen Verschuldung

(S. 8 - 67) sowie die Grenzen kreditfinanzierter Stabilisierungspolitik (S. 68 - 80) erörtert. Dabei wird u.a. auf das alte *„seignorage“-Argument* Tobins eingegangen, das die – für die BRD bekanntermaßen nur sehr begrenzt gegebene – Möglichkeit des Staates, via Geldschöpfung die Ausgaben zu finanzieren, ins Auge faßt und darauf abzielt, den hierdurch verursachten Anstieg des Preisniveaus als eine Art ‚Inflationssteuer‘ einzustreichen. Die Autoren gelangen zu dem Schluß, daß der Staat dadurch erfahrungsgemäß *„über kurz oder lang in die finanzielle Bredouille kommt, aus der ihn eine beschleunigte Gangart in der Geldentwertung nur noch tiefer in die Sackgasse treibt“* (S. 61).

In einem weiteren Kapitel werden die besonderen Probleme der nationalen Fiskal- und Schuldenpolitik vor dem Hintergrund ihrer außenwirtschaftlichen Einbindung im allgemeinen (S. 81 - 123) und der europäischen Integration im besonderen (S. 124 - 145) analysiert. Dabei wird nicht zuletzt auf die zusätzlichen finanziellen Lasten hingewiesen, die den staatlichen Budgets nahezu aller westlichen Industrieländer unter Abschätzung der zu erwartenden demographischen Entwicklungen droht. Entsprechende Überschlagsrechnungen führen das Ausmaß der Problematik deutlich vor Augen (vgl. S. 122 f.).

Es folgt eine detaillierte Analyse der wachstumspolitischen Möglichkeiten und Gefahren öffentlicher Verschuldung (S. 146 - 216). Interessant erscheint die in diesem Zusammenhang von den Autoren vertretene These, daß das staatliche deficit-spending in den Jahren 1991/92 die Tarifdisziplin tendenziell untergraben habe (S. 153), da es kurzfristig zur Ankurbelung der Konjunktur und damit Vortäuschung eines weder mittelfristig, geschweige denn längerfristig vorhandenen Verteilungsspielraums beigetragen habe.

Kritisch setzen sich die Autoren dabei auch mit dem sog. *Normalverschuldungskonzept* des Sachverständigenrats auseinander, also der Auffassung, daß der Teil der Verschuldung, an den sich die Wirtschaftssubjekte gewöhnt hätten, im Prinzip unbedenklich sei. Daß darüber hinaus die Stützsche sog. *Fontänentheorie* (S. 186) in ihren Augen keine Gnade findet, vermag da natürlich kaum noch zu überraschen. Die These Stützens von den sich via Ausgabenmechanismus faktisch selbst finanzierenden Staatsdefiziten kontern die Autoren mit einer analogen Überlegung zur Lohnpolitik: es wäre das gleiche, als wenn man behaupten würde, daß *„Lohnabschlüsse oberhalb des ... Produktivitätszuwachses solange unbedenklich seien, wie nur die gestiegenen Lohnzahlungen den Unternehmen über höhere Verkaufserlöse wieder zufließen“* (S. 187 f.). Zwar kommt in der Tat ‚von oben‘ über die Faktorentlohnung genau das wieder herein, was ‚die Absatzpumpen der Unternehmen vom Teich der Gütermärkte‘ unten abgesaugt haben, aber zu welchen Inkongruenzen dies über das Verhalten aller Beteiligten führen kann und wird, daß ein Bild von Sickerverlusten und Verstopfungen dem eher gerecht werde als einer gleichgewichtigen Gesamtkonstellation, darauf verweisen die Autoren zu Recht und untermauern dies im einzelnen.

Nach einer – relativ knappen – Beleuchtung des Staatskredits im Lichte der intergenerativen Gerechtigkeit (S. 217 - 231) schließt das Buch mit einer Betrachtung der schuldenpolitischen Aspekte der deutschen Einheit (S. 232 - 275). Unter Hinweis auf die Harmoniebedingung des (stillschweigenden) Generationsvertrages, auf den eine jede Gesellschaft bauen muß, wenn sie den sozialen Frieden zwischen Alt und Jung nicht gefährden will, erneuern die Autoren hier ihre dring-

liche Warnung vor einer weiteren (übermäßigen) Zunahme der Nettoneuverschuldung. Wenn sich der Staat heute – von dem etwa drei- bis fünfjährigen ‚Zwischenintermezzo‘ wegen der wieder gewonnenen Einheit Deutschlands einmal abgesehen – nicht mit allen Mitteln darum bemüht, zu einer soliden Haushaltsgestaltung zurückzufinden, so geht er bzw. die heutige Generation mit den Interessen und finanziellen Ressourcen der künftigen Generation in unverantwortlicher Weise leichtfertig um. Daß die heutige Generation damit zugleich ihre eigene Alterssicherung aufs Spiel setzt, läßt eine solche Politik zudem als äußerst kurz-sichtig erscheinen. Natürlich geht dies alles nicht ohne massive Einschnitte. Insbesondere die westdeutsche Bevölkerung wird nicht umhinkommen, über mehrere Jahre hinweg dramatische Einschnitte in die gewohnte Wohlstandsentwicklung hinnehmen zu müssen. Dies dürfte die wichtigste Lehre sein, die Politiker aus der Lektüre dieses Buches ziehen können.

Am Ende ist man als Leser davon überzeugt, daß es eigentlich bereits ‚zwölf ist‘, für eine Besinnung auf eine Rückkehr zu finanzpolitischer Vernunft bzw. Normalität gleichwohl niemals zu spät. Auch wenn das Maß einer vertretbaren Verschuldungspolitik bereits als überschritten angesehen werden muß, lassen sich Maßnahmen zur Schadensbegrenzung gleichwohl noch allemal ergreifen. Für Illusionen lassen die Autoren dabei jedoch keinen Raum. Sie versuchen vielmehr, die Öffentlichkeit – das Buch ist insofern keineswegs nur an die Finanzfachwelt gerichtet – von der dringlichen Notwendigkeit einer finanzpolitischen Umkehr zu überzeugen, damit diese heute die Opfer für eine langfristig orientierte, maßvolle Wohlstandsentwicklung aufzubringen bereit ist, die sie früher oder – v.a. ihre Nachkommen – später ohnehin aufbringen müßte, dann aber vermutlich weniger sozial friedlich.

Michael Burchardt, Berlin